

Replik auf Rote Revue 1/2003

Autor(en): **Stibler, Linda**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **81 (2003)**

Heft 2

PDF erstellt am: **10.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-341760>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Replik auf Rote Revue 1/2003

Die letzte Nummer der Roten Revue war der aktuellen Bildungspolitik gewidmet. Hohe Erwartungen waren damit verknüpft. Die Enttäuschung war entsprechend gross. Da war zwar viel von Bildung

Linda Stibler

die Rede, vom internationalen Wettbewerb und nicht zuletzt vom europäischen Selbstverständnis – von einer wirklichen linken Bildungspolitik oder auch nur dem Ansatz zu einer alternativen Denkweise auf diesem Gebiet keine Spur!

Im Gegenteil: Da stimmen Sozialdemokraten in hohen Tönen ins Lied des allgemeinen Konkurrenz- und Wettbewerbsdenkens ein, das die Bildungsdebatte im letzten Jahrzehnte beinahe total überlagert hat, ohne zu merken, dass sie von einer neoliberalen Doktrin vereinnahmt werden. Nach diesem Muster ist Bildung der wichtigste Rohstoff, den die Wirtschaft braucht. Und sie braucht ihn so genormt und vergleichbar wie irgend möglich. Also sind Schulen und Universitäten dazu verpflichtet, diesen Rohstoff so aufzubereiten, dass er unter kleinstmöglichen Verlusten und Risiken zum richtigen Zweck eingesetzt werden kann. Selbstverständlich sollen die Kosten für die in dieser Weise vorgenommene «Veredelung» von der Allgemeinheit getragen werden, den Gewinn streicht die Wirtschaft ein; schliesslich trägt sie zum allgemeinen Wohlstand bei und gibt den Leuten Arbeit – solange es ihr passt und so lange es rentiert.

Zugegeben, diese Skizze ist etwas holzschnittartig und vielleicht auch überzeichnet. Aber kommen wir auf den konkreten Inhalt des Heftes zurück:

Die Pisa-Studie vergleicht den Wissens- oder Fertigungsstand in Schlüsselqualifikationen unter Schülern verschiedener Länder. Sie vergleicht aber nicht Bildung, und sie definiert auch nicht, was Bildung sein könnte oder welche Art von Bildung die Gesellschaft in den nächsten zehn Jahren nötig hat, wenn diese Generation ins Erwachsenenleben tritt. Diese Debatte könnte allenfalls in der Öffentlichkeit geführt werden. Das Gegenteil ist der Fall, Die öffentliche Reaktion (und diejenige der Bildungspolitiker) auf die Pisa-Studie wird lediglich auf dem Konkurrenzniveau geführt: Welches Land ist besser? Warum ist ein Land besser als das andere? Was kann getan werden, damit ein Land die Konkurrenzfähigkeit ihrer Schulabgänger verbessern kann?

Die Debatte um die Bologna-Studie wird nicht anders geführt. Kann der Wert eines Hochschulstudiums an den möglichst vergleichbaren Abschlüssen gemessen werden? Seit wann ist Mobilität ein Bildungsinhalt? Global vergleichbare Abschlüsse machen es vor allem den Abnehmern von Hochschulabgängern leichter, sich weltweit (und nicht etwa europaweit) die scheinbar Tüchtigsten auszusuchen und sie in die entsprechenden Zentren ab-zuziehen. Sie sind auf mobilitätswillige und mobilitätsgewohnte Leute angewie-

sen, die den Beruf über ihre persönlichen und örtlichen Bindungen zu stellen vermögen. Was das aber alles mit europäischem Bewusstsein zu tun hat, ist schleierhaft. Den wortreich beschworenen Nutzen, den diese Bologna-Reform für die europäischen Bürger und ihr demokratisches Selbstverständnis haben soll, ist ebenso wenig offensichtlich.

Da müsste konkret gesagt werden, dass die Universitäten bereit und in der Lage dazu sind, das Bindeglied zwischen Hochschule und einfachem Bürger zu schaffen, ihr Wissen und ihre Einsichten nach unten – oder nach hinten – zu transferieren und in einen Austausch mit der übrigen Gesellschaft zu treten. Das wäre eine demokratische und vornehme Aufgabe der Universitäten, die notabene von der öffentlichen Hand finanziert sind, mehr und mehr aber in der so genannten Eigenverantwortung von wirtschaftlichen Interessen dominiert werden. (Die Universität Basel ist ein bedenkliches Beispiel.) Darüber wird in der Bologna-Diskussion kein Wort verloren. Stattdessen werden Forderungen aufgestellt. Etwa 15 Prozent mehr finanzielle Mittel sollen aufgewendet werden für die Anpassung der Hochschulen ans Bologna-Modell und für Stipendien (damit nicht nur die Kinder wohlhabender Leute aufsteigen). Das ist, gelinde gesagt, in der heutigen Situation eine Anmassung, auch eine Anmassung so genannt linker Bildungspolitik. Wenn überhaupt noch Geld für Bildung aufzutreiben ist, dann müsste es zuerst und ohne Einschränkung jenen zugute kommen, die in den letzten schwierigen Jahren zu kurz gekommen sind. Es müsste in den vierten Bildungsektor für die Aus- und Weiterbildung von Erwachsenen gesteckt werden, um jenen Leuten eine Nachholbildung und auch je-

nen Selbstwert zu geben, der sie erst zu selbstbewussten, kritischen und mündigen Bürgern macht. Wenn hier nicht rasch ein Ausgleich geschaffen wird, schlittern wir weiter auf dem Weg zur Zweidrittelsgesellschaft, auf deren einen Seite die Reichen, Mächtigen, Arroganten und Gutverdienenden stehen und auf der andern Seite die Ausgegrenzten, die werktätigen Armen, der dumme Normalverdiener, die Frustrierten, das grosse Heer jener, die auf der Strecke geblieben sind. Es lohnt sich, in diesem Zusammenhang den Streifen «Bowling for Columbine» von Michael Moore über die Hintergründe des Amoklaufs in der gleichnamigen Schule anzusehen. Da erklärt zum Beispiel ein Mitglied einer gewalttätigen Schülergang seinen Standpunkt: Die Eltern sagen dir, wenn du den Abschluss für die höhere Stufe nicht hinkriegst, ist dein Leben versaut; du wirst zu den Untersten und zu den Armen gehören. Dasselbe pauken sie dir auch in der Schule ein. Was also, so könnte man sich fragen, bleibt an Hoffnung noch übrig, wenn man die obere Stufe nicht schafft? Man kann nur noch zum Gewehr greifen.

Linke Bildungspolitik, die diesen Namen verdient, muss grundsätzlich von der Gleichwertigkeit der Menschen ausgehen und demnach den Bildungsanspruch aller – der Dummen und der Gescheiten, der Privilegierten und weniger Privilegierten – gegen die Übergriffe der globalisierten Profitwirtschaft verteidigen (was keineswegs mit den Interessen einer gesellschafts- und sozialverträglichen Wirtschaft zu verwechseln ist).

Linda Stibler, Journalistin, SP-Mitglied und Bildungsaktivistin, Basel